

PRESSEMITTEILUNG

14. August 2010

Wirtschaft rechnet mit steigenden Beiträgen für die Gesetzliche Krankenversicherung

Unternehmen zweifeln an Festsetzung des Arbeitgeberanteils auf 7,3 %

Berlin - Die deutsche Wirtschaft hat kein Vertrauen in die Gesundheitsreform. Die Unternehmen glauben mehrheitlich nicht daran, dass die geplante Festsetzung des Arbeitgeberanteils in der Gesetzlichen Krankenversicherung langfristig Bestand haben wird. Das ergab eine repräsentative Umfrage der IW Consult im Auftrag der Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft und der WirtschaftsWoche.

Eine große Mehrheit von rund 80 Prozent der 750 befragten Unternehmen rechnet damit, dass die geplante Festschreibung des Arbeitgeberanteils in der Gesetzlichen Krankenversicherung (GKV) auf 7,3 Prozent allenfalls bis zum Ende der Legislaturperiode gelten wird. Knapp die Hälfte (44 Prozent) der Unternehmen erwartet sogar, dass diese Regelung schon innerhalb eines Jahres keinen Bestand mehr haben kann. Bei der Befragung äußerten sich kleinere und mittlere Unternehmen deutlich pessimistischer als Großunternehmen.

Außerdem befürchtet die Mehrzahl der Unternehmen steigende Bürokratiekosten durch die Gesundheitsreform. Der Grund: Sowohl die Erhebung der geplanten Zusatzprämien der Versicherten als auch der geplante Sozialausgleich für Geringverdiener sollen im Rahmen der Lohnabrechnung durch den Arbeitgeber erfolgen. Rund 80 Prozent der befragten Unternehmen rechnen daher mit höheren, jedes fünfte Unternehmen sogar mit deutlich höheren Bürokratiekosten. Auf die konkrete Personalpolitik der Unternehmen haben die Reformpläne laut Umfrage kaum Einfluss. Dennoch gibt immerhin rund ein Viertel der Befragten an, die Gesundheitsreform werde sich negativ auf die Beschäftigung und die Einstellungspläne auswirken. Positive Effekte sieht dagegen kaum ein Unternehmen.

„Das Gesundheitssystem krankt nicht an mangelnden Einnahmen, sondern an seinen zu hohen Kosten. Das beste Heilmittel gegen immer weiter steigende Beiträge für Arbeitnehmer und Arbeitgeber ist mehr Preiswettbewerb unter den Leistungsanbietern“, sagt INSM-Geschäftsführer Hubertus Pellengahr: „Die Umfrage zeigt, dass die deutsche Wirtschaft kein Vertrauen in eine stabile Finanzierung der gesetzlichen Krankenversicherung hat, so lange die Kosten erkennbar weiter steigen.“

Das IW-Unternehmervotum der IW Consult, einer Tochtergesellschaft des Instituts der deutschen Wirtschaft Köln, befragt vier Mal im Jahr Entscheider der deutschen Wirtschaft zu aktuellen politischen Vorgängen. Teilgenommen haben an der Befragung 750 Unternehmen aus der Industrie sowie den industrienahen Dienstleistungen (Großhandel, Verkehr, Nachrichten, unternehmensnahe Dienstleistungen). Die Online-Umfrage fand in der Zeit vom 21. Juli bis zum 02. August 2010 statt.

Mehr Informationen unter www.deutschland-check.de

Pressekontakt:

Christoph Windscheif, INSM, Tel. 030-27877-177, windscheif@insm.de